

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 16

Gründungs-Comité.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 12. April 1925

Verlagsgesellschaft Berlin G. m. b. H.
Verlags-Direktor 5523.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

Wucherpreise im Verlagsbuchhandel.

Unsere Kollegen und Kolleginnen in den Buchbindereien, die in der Hauptsache für den Verlagsbuchhandel arbeiten, haben unter allerlei Unzuträglichkeiten zu leiden, die aus der eigenartigen Stellung dieser Betriebe zum Verlagsbuchhandel abzuleiten sind. An erster Stelle ist dabei zu nennen die Zurückhaltung von Aufträgen durch die Buchverleger während des größten Teiles des Jahres, die zu einer völlig unregelmäßigen Arbeitsweise führen muß. Einer ausgebeuteten Arbeitsweise führen muß. Einer ausgebeuteten Arbeitsweise führen muß. Einer ausgebeuteten Arbeitsweise führen muß.

Die Ursache dieses Mißstandes liegt bei den Verlegern, die keine Rücksicht nehmen auf diejenigen, die ihre Aufträge auszuführen haben, zum Teil auch bei den Buchbindereibesitzern, die das rigorose und unmenschliche Verhalten der Verlagsbuchhändler als gegebene Tatsache hinnehmen, ohne sich ernstlich dagegen aufzulehnen.

Auch bei der Arbeitsbewertung ergeben sich Unzuträglichkeiten, die ihren Ursprung im Verhalten der Buchverleger haben, die für sich selbst die denkbar größten Gewinne erstreben, diejenigen aber, die ihre Arbeiten herstellen, in einer Art im Preis und Lohn drücken, wie sie in so trauriger Form ein zweites Mal nicht wieder anzutreffen ist. Unsere Buchbindereibesitzer liegen zwar schon seit längerer Zeit in einer heftigen Preiskampagne mit ihren Auftraggebern wegen der Bezahlung ihrer Arbeiten und wegen all der andern Dinge, die hiermit in einem gewissen ursächlichen Zusammenhang stehen. Durch die „Mittelungen des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer“ ist eine allseitige öffentliche Aufmerksamkeit angeregt worden, durch die man einen Einblick in die Einstellung der Buchverleger bekommt, der für diese nicht gerade schmeichelhaft ist.

Der sich jetzt zeigende öffentliche Austring ist jedoch, wenn durch ihn eine Behebung der Mißstände bezweckt wird, völlig unzureichend, da beide Verbandsschriften, das oben genannte „Mittelungsblatt“ und das „Börseblatt“ für den deutschen Buchhandel, die eine völlig, die andere in bebungter Form, unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinen und so der Hauptinteressent neben der Arbeitererschaft der Verlagsbuchbindereien, der Buchverleger, völlig ununterrichtet bleibt darüber, wie er durch den Buchverleger überwuchert wird. Er weiß zwar gefühlsmäßig, daß ihm vom Buchhandel für gebundene Bücher heute Preise abverlangt werden, die viel zu hoch sind und die sich durch nichts rechtfertigen lassen. In der bürgerlichen Tagespresse sind ja des öfteren Notizen enthalten, die auf die Überbezahlung des gebundenen Buches hinweisen und die ihre Urheber nur in den Kreisen der Bücherliebhaber, also der Interessenten, haben können. Diese Kritiken des teuren gebundenen Buches lassen fast immer erkennen, daß ihre Urheber die überlegten Preise für das gebundene Buch den

Buchbindereien zuschieben. Unverständlich ist es jedoch, wenn das sogar von der Fachpresse geschieht, die einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse haben sollte. So war vor einiger Zeit in einem Berliner Verlag ein Buch erschienen im Format von 23,5 x 15 cm, 620 Seiten, 3,7 cm Rückenstärke, das broschiert 20 Mk., in Halbleinen gebunden (Masseneinband) aber 35 Mk. kostete. Zur Erläuterung für den hohen Betrag von 15 Mk. für den Halbleineneinband sagte ein Fachblatt recht tiefgründig: „Wie sich doch der Bücherpreis manchmal durch den Einband verteuert.“ Damit wird bei dem unbefangenen Leser manchmal der Eindruck erweckt, daß die Buchbinderei, die den Einband bewirkt, an dieser gewaltigen Überbezahlung schuld sei. Und doch ist nichts fälschlicher als das. Wie aus den „Mittelungen des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer“ hervorgeht und wie es eingeweihten Kreisen längst bekannt ist, werden die für den Buchverlag arbeitenden Buchbindereien ganz schandbar im Preise gedrückt und der Verlagsbuchhandel sucht nicht nur durch die Herausgabe von Büchern ein möglichst gutes Geschäft zu machen, er will auch noch hohes Geld verdienen am Einband. Wenn z. B. für ein broschiertes Buch 20 Mk. Verkaufspreis eingesetzt ist und für dasselbe Buch in Halbleinen gebunden 7,50 Mk. verlangt wird, die Buchbinderei aber nur 80–90 Pfg. für den Einband erhält, dann stellt das für den Buchhandel einen Gewinn von 3,60 Mk. dar. Das ist der schamloseste Wucher auf Kosten der Buchverkäufer.

Mögen solche gewaltigen Überbezahlungen, wie hier ausgeführt, auch Ausnahmefälle sein, die Sucht der Buchverleger, auch aus dem gebundenen Buch einen möglichst großen Extraprofit herauszuschlagen, kennt keine Grenzen. Man sehe sich nur einmal die Bücherkataloge auf die Preise der broschierten und gebundenen Bücher hin an und man wird das bestätigt finden. Vor uns liegt ein Katalog eines süddeutschen Verlags. Die Preisunterschiede zwischen broschierten und gebundenen (Halbleinen-)Oktavbänden betragen darin im Durchschnitt 1,50 Mk. Die Selbstkosten des Verleges stellen sich bei weitem noch nicht auf den dritten Teil dieses Betrages, zumal die Einbände im eigenen Betrieb hergestellt werden. Und so wie hier ist es fast durchgängig. Daß diese aus Profitgier übersehenen Preise nicht gerade zum Kauf anlocken, ist bei den beschränkten Einkommensverhältnissen der Massenkonsumenten selbstverständlich. Bücher werden leider nicht zu den „Gegenständen des täglichen Bedarfs“ gerechnet und darum findet auch die Bucherpolizei leider keine Arbeit beim Verlagsbuchhandel.

In unserer letzten Nummer haben wir in dem Artikel: „Kein Geld für Lohnverhöhnungen“ gezeigt, welche Haltung der große Ausschuß der deutschen Arbeitgeberverbände zum Lohnproblem einnimmt und wie er neuerdings wieder versucht, die Gewerkschaften für ein weiteres Anziehen der Preise verantwortlich zu machen. Würde sich dieser „große Ausschuß“ einmal um die Befallung der Preise für gebundene Bücher bekümmern und auch darum, wer den Nutzen der überlegten Preise für sich in Anspruch nimmt, dann würde er nicht so plumpdreist die

Öffentlichkeit irreführen mit seiner Verdächtigung der Gewerkschaften. Wie die angeführten Beispiele zeigen, könnten die Löhne unserer für den Verlagsbuchhandel tätigen Kollegen und Kolleginnen gut und gern um 50–100 Proz. höher sein, als sie jetzt sind, ohne daß das gebundene Buch auch nur um einen Pfennig im Preise gesteigert zu werden braucht. Dazu ist nur notwendig, daß der Buchhandel auf seine derzeitige Praxis, auch aus dem Bucheinband gewaltige Extraprofite zu ziehen, verzichtet würde. Und darum haben wir ein lebhaftes Interesse am Ausgang des Kampfes der Buchbindereibesitzer gegen den Verlagsbuchhandel, da der Leidtragende bei dem schamlosen Druck der Buchverleger auf die Herstellungskosten des Bucheinbandes immer nur die Arbeiterschaft ist. Mehr als verträglich ist haben bei Lohnverhandlungen für die Arbeiterschaft der Bucherzeugung die Verlagsbuchhändler hinter den Kulissen scharfmacherisch gewirkt, obwohl sie zu den Großverdienern der deutschen Industrie und des Handels gehören. Für ausreichende Bezahlung ihrer Aufträge aber und damit der Arbeiterschaft, haben auch sie kein Geld.

Heimarbeitersstellung.

Mit Hilfe der Arbeitergewerkschaften aller drei Richtungen veranstaltet die „Gesellschaft für Soziale Reform“ vom 28. April bis 15. Mai eine große Heimarbeitersstellung in den „Landesausstellungshallen“ in Berlin. Der Zweck der Ausstellung ist, eine objektive Darstellung der heutigen Verhältnisse in der Heimarbeit. Keine einseitige Gläubigersstellung soll geboten werden, ebenso wenig aber sollen natürlich auch vorhandene Mißstände beschönigt werden. Die großen Fortschritte, die weniger durch die Gesetzgebung als durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe auf dem Gebiete der Heimarbeit errungen worden sind, sollen voll zum Ausdruck kommen und dem unorganisierten Teile der Heimarbeiterschaft zeigen, was die Selbsthilfe vermag. Indem aber auch schlechte Zustände aufgedeckt werden, soll zugleich ein Ansporn zu gewerkschaftlicher und gesetzgeberischer Weiterarbeit gegeben werden.

Nicht minder groß ist das Interesse, das die Veranstalter der Ausstellung daran haben, daß diese auch die Aufmerksamkeit der nicht selbst in der Heimarbeit tätigen Arbeitnehmererschaft findet. Möglichst weite Kreise der Arbeiter müssen darüber unterrichtet sein, wie es in der Heimarbeit aussieht und welches Maß von Interesse und Solidarität man diesem Teile unseres Volkes schenkt. Schon heute läßt sich überdies sagen, daß die Ausstellung zeigen wird, wieviel größer noch immer das Gebiet, auf dem Heimarbeit geleistet wird, ist, als man in den letzten Jahren angenommen geneigt war.

Die Dauer der Ausstellung kann nicht verlängert werden, so daß, wenn die großen Kosten, die der Gesellschaft für Soziale Reform und vor allem den Gewerkschaften selbst erwachsen sind, einigermaßen gedeckt werden sollen, der Massenbesuch sich auf die 18 Tage, an denen die Räume in den Landesausstellungshallen zur Verfügung stehen, konzentrieren muß. Soweit wir unterrichtet sind, wird ein Eintrittsgeld von 20 Pf. erhoben, so daß jeder Groß-Berliner Arbeiter und jede Arbeiterin den Besuch der Ausstellung ermöglichen kann.

Gewerkschaftsführer beim stellvertretenden Reichspräsidenten und beim Reichszentralrat.

Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons hat am 3. April Vertreter der Hirsch-Dunckerschen, der Christlichen und der Freien Gewerkschaften empfangen, um sich über die Stimmung innerhalb der Arbeitnehmerschaft zu informieren. Vom ADGB waren Grafmann, Hermann Müller, Spließ und Eggert, vom IFA-Bund Aufhäuser erschienen. Einleitend gab Grafmann ein sehr deutliches Bild über die Stimmung in den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Wenn auch seit Einführung der festen Währung eine gewisse Entspannung eingetreten sei, dann befinden sich doch selbst die in Arbeit stehenden Arbeitnehmer in einer sozialen Bedrängnis. In zahlreichen Industrien entspreche die Kaufkraft nicht dem Vorkriegsstand. Schuld daran sei das Beharren der deutschen Industrie auf den aus der Inflationszeit gewohnten Kalkulationsmethoden. Volkswirtschaftlich gesünder und politisch klüger sei es, auch den breiten Schichten Ersparnisse zu ermöglichen. Die Summe dieser Ersparnisse sei der Produktionsbelegung günstiger. Dieser wünschenswerte Zustand ließe sich aber nur herbeiführen, wenn der Lohndrosselung Einhalt geboten werde. Die Belastung der breiten Masse mit direkten Steuern sei um so unerträglich, als die Vermögenssteuer abgebaut werde. Hierzu trete die scharfe indirekte Belastung durch Umsatzsteuer und Zölle. Diese werden noch verstärkt durch Lohnsteuergeschläge. Obwohl die sozialen Lasten gewachsen seien, führten verschiedene Erscheinungen der letzten Zeit zu dem Schluß, daß die Regierung dem Drängen der Unternehmer auf Abbau der Sozialpolitik keinen Widerstand entgegensetze. Genosse Spließ erläuterte

eingehend, daß die Berichte der Unternehmer über die unerträgliche soziale Belastung der Produktion keineswegs den Tatsachen entsprechen. Er schilderte die volkswirtschaftliche Gefahr einer weiteren Mietssteigerung. Genosse Eggert behandelte den verhängnisvollen Einfluß der Industrie und der Landwirtschaft auf das Zustandekommen der Handelsverträge und schilderte die bedenkliche Auswirkung der internationalen Verstrickung an der Hand von Beispielen. Genosse Aufhäuser schilderte die Lage der Angestellten, die unter der Deflationstrife besonders zu leiden haben, und begründete die beschleunigte Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Die Lohnsteuer sei in den letzten Monaten automatisch immer weiter gestiegen. Eine Senkung der Lohnsteuer und die Heraushebung der Grenze für das steuerfreie Einkommen ist unbedingt nötig. Die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates müsse sofort erfolgen.

Den Verhandlungen wohnten außer dem Reichspräsidenten Staatssekretär Meißner und der Vertreter des Reichsarbeitsministers, Staatssekretär Geib, bei.

Am 6. April war die gleiche Delegation beim Reichszentralrat Dr. Luther. Auch hier unterbreitete die Delegation die Wünsche der Gesamtarbeiterschaft zur jetzigen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Reichszentralrat nahm zu den verschiedenen Anregungen Stellung und sicherte eine eingehende Prüfung derselben zu.

(Inwieweit das Vorgehen der Gewerkschaften Erfolg hat, wird sich zeigen.)

Der Arbeitsmarkt im März.

Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, zeigt der Arbeitsmarkt am letzten Sonntag das selbe günstige Bild wie im Vormonat. Es wurden 460 = 2,6 Proz. männliche und 860 = 2,2 Proz. weibliche Arbeitslose gezählt, gegenüber 425 bzw. 915 im Vormonat; also insgesamt fast der gleiche Stand. Nur die Zahl der Kurzarbeiter hat etwas angezogen, besonders bei den weiblichen Mitgliedern. Es wurden ermittelt 487 = 2,7 Proz. männliche und 1426 = 3,7 Proz. weibliche, also insgesamt 1913 = 3,4 Proz. Kurzarbeiter, gegenüber 601 = 1,7 Proz. im Vormonat. Insgesamt wurden also 3233 = 5,7 Proz. gezählt, die völlig oder teilweise arbeitslos waren.

Besonders günstig lag der Arbeitsmarkt im Gau Württemberg-Baden, Hannover, Hessen-Pfalz sowie im Industriebezirk Rheinland-Westfalen. Stuttgart hatte nur 2 Arbeitslose neben 45 Kurzarbeitern. Der ganze Gau Württemberg hatte nur 21 = 0,3 Proz. Arbeitslose.

Eine besonders ungünstige Geschäftslage zeigen von den größeren Zählstellen nur Berlin, Dresden und Annaberg, auf die allein die Hälfte sämtlicher Arbeitslosen entfallen. Dagegen hat Leipzig bei 7280 Mitgliedern nur 72 Arbeitslose und gar keine Kurzarbeiter.

Auch die Berichte der Werkstuben über die Geschäftslage zeigen im allgemeinen eine gute Konjunktur.

Der Mitgliederbestand ist weiter um 500 gestiegen und beträgt gegenwärtig 56 540, darunter 38 786 weibliche.

Seltene Gegenfälle.

(ADGB.) Die Angriffe der Unternehmer gestalten sich in letzter Zeit in allen Ländern von ganz besonderer Heftigkeit. Trotz harter Kämpfe und langwieriger Verhandlungen müssen sich die Arbeiter noch manchmal Lohnherabsetzungen gefallen lassen oder sie vermögen die alten Sätze nur mit Mühe aufrechtzuerhalten oder zu erhöhen. Zu Tausenden treten die Arbeiter in Streik und zu Hunderttausenden werden sie ausgeperrt. Selbst in den Ländern, in denen der Achtstundentag für immer gesichert schien, versuchen die Arbeitgeber willkürlich und auf dem Wege gesetzlich zulässiger Ausnahmen die Ar-

beitszeit zu verlängern. Die Arbeitslosigkeit hat laut offiziellen Angaben der Gewerkschaften und Arbeitsnachweise in den meisten Ländern, wo sie in Frage kommt, zu Beginn des Jahres noch zugenommen und beträgt durchschnittlich nicht weniger als 10 Proz. Die Teuerung, die während des ganzen Jahres 1924 Fortschritte machte, ist im Jahre 1925 noch nicht zum Stillstand gekommen. Wenn also auch da und dort die Löhne sich etwas gehoben haben, so kann man angesichts der erhöhten Lebenskosten fast überall von einer Senkung der Reallöhne sprechen. Bei allen Verschlechterungsversuchen führen die Unternehmer vor allem das Argument der schlechten Wirtschaftslage ins Feld. Überall heißt es, „billiger produzieren“ und als einziges Mittel werden zu diesem Zwecke Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerungen angegeben.

Ist aber die allgemeine Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern so schlecht, wie man es dorzustellen beliebt? Der amerikanische Staatssekretär Hoover, der sicher kein Illusionist ist und zudem den Vorteil hat, die Dinge aus einer gewissen Distanz zu sehen, sagt in einem Artikel „Wirtschaftliche Aussichten für das Jahr 1925“ u. a.:

Nach wie seit Ende des Krieges waren die wirtschaftlichen Grundlagen der Welt so gut wie zu Beginn dieses Jahres. . . . Das Wirtschaftsleben Großbritanniens zeigt auf allen Gebieten eine wesentliche Gesundung. Die wirtschaftliche und industrielle Lage Frankreichs, Italiens und Belgians hat sich im vergangenen Jahre zusehends verbessert. Polen hat seine Baluta stabilisiert; Jugoslawien, Finnland, Serbien, Estland, Litauen, Schweden und Norwegen weisen eine merkliche Stabilisierung von Handel und Industrie auf. Die Vereinigten Staaten verzeichnen besonders in der Landwirtschaft erfreuliche Fortschritte; die Exporte sind gestiegen, die Einfuhren gesunken. Trotz dreier Revolutionen kann in den Ländern des lateinischen Amerikas zunehmender Wohlstand festgestellt werden. Die Verhältnisse in Ägypten, Südamerika, dem Kongo und anderen Ländern des afrikanischen Kontinents bessern sich, das gleiche gilt für den nahen Osten, Asien und Japan. Alles in allem: Fortschreitende Erholung!

An diesem Urteil eines gewiß unverdächtigten Zeugen ist zu erkennen, was es mit den Veremien der Unternehmer aller Länder über die schlechte Wirtschaft auf sich hat.

Die Belastung der Wirtschaft durch die Sozialpolitik.

Die deutschen Arbeitgeber haben in den letzten Wochen und Monaten in zahllosen Berechnungen nachzuweisen gesucht, daß das Maß der sozialen Belastung der deutschen Wirtschaft unerträglich geworden sei. Sie haben behauptet, daß die Belastung gegenüber der Friedenszeit ganz wesentlich gestiegen sei. Die phantastischen Berechnungen hat bereits das Reichsarbeitsministerium im Reichsarbeitsblatt auf das richtige Maß zurückgeführt. Erfreulicherweise hat es jetzt auch der ADGB. übernommen, durch eine selbständige Statistik die tatsächliche Höhe der sozialen Belastung festzustellen. Das Reichsarbeitsministerium hatte festgestellt, daß gegenüber einer Belastung im Jahre 1913 von insgesamt 1102 Millionen Mark im Jahre 1924 für Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung 1290 Millionen Mark aufzubringen waren. Die knappschaftliche Pensionsversicherung kostete 1913 80 Millionen, 1924 etwa 100 Millionen Mark. Neu hinzukommt die Erwerbslosenfürsorge, die 1924 an Beiträgen etwa 220 Millionen Mark erforderte. Die Aufwendungen der Wirtschaft für Sozialversicherung sind demnach von rund 1200 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 1810 Millionen Mark im Jahre 1924 gestiegen. Das ist eine Mehrbelastung um 34 Proz. Zieht man demgegenüber in Betracht, wie stark der Geldwert und damit die Kaufkraft der Mark gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist, dann ergibt sich tatsächlich keine Mehrbelastung, sondern ein beträchtliches Zurückbleiben hinter der Belastung der Friedenszeit.

Ueber die Einzelheiten der Berechnungen des ADGB. berichtet Spließ in der „Arbeit“, 1925, Heft 3. Der Berechnung haben 8332 Lohnstätten aus 71 Orten zugrunde gelegen. Außerdem waren aus einigen Betrieben Gesamtlöhnlisten für zusammen 6464 Arbeitnehmer eingereicht. Bei der Beurteilung der Angaben ist noch zu beachten, daß sich die Zahlen auf die erste Hälfte des November 1924 beziehen, also höhere Krankenversicherungs- und Erwerbslosenbeiträge enthalten, als heute in Gültigkeit sind. Die von Spließ veröffentlichten Tabellen und Aufstellungen ergeben nun vor allem, daß die Berechnung des Reichsarbeitsministeriums fast bis in jede Einzelheit richtig war. Der ADGB. kommt im Durchschnitt für 7594 Arbeiter im Reich, ohne Berlin, zu einer durchschnittlichen Belastung des Lohnes durch soziale Abzüge von 6,4 Proz. Dabei ergibt sich, daß je tiefer der Lohn, desto höher die Belastung ist. Während die niedrigste Lohnstufe von 10 bis 20 Mark mit 7,1 Proz. belastet ist, fällt die Belastung für die nächste Stufe auf 6,9, dann auf 6,3, auf 5,6 und schließlich für die höchste Stufe über 50 Mk. auf 5,4 Proz. Besonders stark zeigt sich dieselbe Entwicklung bei der Invalidenversicherung, deren Beiträge die unterste Lohnstufe mit 1,8 Proz., die oberste Lohnstufe nur noch mit der Hälfte, 0,9 Proz., belasten.

Aus den Berechnungen des ADGB. ergibt sich weiter, daß die Angabe, die Dr. Tänzler in seinem Gegenartikel gegen das Reichsarbeitsministerium über den Unternehmerbeitrag zur Unfallversicherung gemacht hat, vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Tänzler setzte diese Belastung mit 2 Proz. des Lohnes ein. Tatsächlich ist sie keinesfalls höher als 0,9 Proz., ein besonders krasser Beweis für die Art, mit der die Arbeitgebervereinigung die Öffentlichkeit zu „unterrichten“ wagt.

Eine gesonderte Berechnung, die für 738 Lohnstätten aus Berlin angestellt wurde, zeigt, daß Berlin nicht schlechter gestellt ist als das Reich. Die durchschnittliche Belastung ergibt für Berlin 6,1 Proz., also wesentlich weniger als die 7,2 Proz., die Dr. Tänzler errechnet haben wollte. Der ADGB. kommt zu dem Resultat, daß die Behauptung der Arbeitgebervereinigung, der Gesamtbelastungsfaktor betrage zurzeit mindestens 13 Proz. des Lohnes, zum mindesten eine grobe Übertreibung ist. Wenn man alle Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Unfallversicherung und Erwerbslosenfürsorge zusammengerechnet, dürfte man zu einem Betrag kommen, der zu Ende des Jahres 1924 nur ganz wenig über 10 Proz. betragen hat.

UNSERE JUGEND

Dauernde Jugend.

Bist du auch noch jung an Jahren,
Kannst du doch die Hände binden,
Früh erprobt sich in Gefahren
Alles Heldentum auf Erden!

Und ein Held ist, wer im Ringen
Grauer Alltagsnot steht fest,
Wer sich nicht durch Fron bezwingen,
Nicht durch Müh' sal beugen läßt!

Straffe deinen jungen Nacken!
Laß dir nicht die Hände binden,
Wenn das Schwert sie wollen packen,
Das dir keiner darf entwenden!

Und mit roten Rosen kränze
Festlich-froh die Stirn und Schwert!
Wohl dem, der im Lebensnenge
Schon sich Geist und Arm bewehrt!

Gädle: deiner Jugend offen
Liegt die Welt, trotz Not und Bürde
Und dein Herz füllt Zukunftshoffen
Und dein Streben Menschenwürde!

Sorgsam deine Schätze wahre:
Schnjucht und Begeisterung
Für das Große, Edle, Wahre —
Und die Welt bleibt stets dir jung!

L. L.

Jugend lerne, bilde dich!

Wie im Kampfe der Völker, so gilt auch im Kampfe der Klassen die Regel: Nur wer sich selbst aufgibt, der ist verloren. Auf Niederlagen können Siege folgen, wenn der Kampfwille ungebrochen bleibt. Zur Führung ihres Kampfes bedarf die Arbeiterschaft vor allen Dingen der Jugend. Unsere Jugend hatte nach den Novembertagen 1918 nicht verstanden, welchen Erfolg das Erringen des Achtstundentages und anderer sozialpolitischer Fortschritte bedeutete. Sie hat ja nicht um diese Einrichtungen gekämpft: gekämpft hatten ihre Väter; sie trat einfach das Erbe dieser Väter an. So machte die Jugend vielfach nicht den rechten Gebrauch von dem Achtstundentag. Es schloß ihr auch offensichtlich an der notwendigen Entschlossenheit, zu offener Verteidigung die Opfer auf sich zu nehmen, zu denen ihre Väter einstmaligen freudigen Herzens bereit gewesen waren. Die Jugend tanzte, rauchte, ging ins Kino und suchte lediglich das, wovon sie sich „Genuß“ versprach. Sie dachte nur an sich, die Angelegenheiten der Allgemeinheit waren ihr durchaus gleichgültig. Sie empfand nicht, daß sie Bestandteil der Arbeiterklasse ist und daß ihr Schicksal untrennbar mit dem Schicksal der ganzen Arbeiterschaft ver wachsen ist.

Es ist notwendig, daß unsere Jugend wiederum mit Gemeinschaftsgefühl erfüllt wird, daß sie lernt, sich als Teil der Arbeiterklasse zu fühlen und daß sie einfach selbstverständlich die Kampfziele der Arbeiterschaft als ihre eigenen und sie unmittelbar angehenden aufgreift. Die Jugend muß sich in die Organisationen der Arbeiterschaft einreihen. Dabei genügt es nicht, daß sie sich darauf beschränkt, einfach Beiträge zu bezahlen und Warten zu stehen. Die Jugend muß den tätigen und rührigsten Teil der Arbeiterorganisationen darstellen; ihre Beweglichkeit, ihre Aktivität, ihr Optimismus müssen ansetzend wirken; ihr Eifer muß aller Hindernisse Herr werden.

Die letzte Zeit schafft günstige Vorbedingungen für eine Neuaufnahme der Jugendarbeit. Unendliches muß getan werden, um die Fortbildung unserer Jugend zu fördern. Der Achtstundentag wird nicht zum letzten deshalb von der Reaktion bekämpft, weil der Arbeiterschaft die Mühe zur inneren Vertiefung genommen werden soll. Der Mensch, der denkt, ist für die herrschenden Kreise gefährlich. Wer zum Bewußtsein seiner Menschen-

würde erwacht ist, der wehrt sich dagegen, in den Staub getreten zu werden. Wir müssen darum der Jugend Verständnis für die geistigen und seelischen Worte des Daseins vermitteln. Nur so entwickeln sich Persönlichkeiten, die sich mit Erfolg dagegen sträuben, zu bloßen Sklaven herabgewürdigt zu werden. Die Stärke der Organisation beruht nicht zum wenigsten in der geistigen und seelischen Widerstandskraft ihrer Einzelmitglieder und nur eine richtig betriebene Bildungsarbeit bringt solche geistige und seelische Widerstandskraft zur Entfaltung.

Darum muß die Jugend lernen, lernen und immer wieder lernen, damit sie sich auf die Höhen der Menschheit hinaufschwingen kann. T. 3.

Die Schutzbestimmungen für Jugendliche

und Kinder in dem Übereinkommen der internationalen Arbeitskonferenz von Washington 1919 differieren noch ganz erheblich mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften. Bei einem Vergleich der deutschen Arbeiterschutzgesetze mit den internationalen Übereinkommen über die Nachtarbeit der Jugendlichen sowie das Mindestalter für Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit ergeben sich mancherlei Unterschiede. Sie beruhen in der Hauptsache darauf, daß sich der Geltungsbereich der einzelnen Bestimmungen und die Ausnahmemöglichkeiten sehr oft nicht decken. Aus einer Gegenüberstellung im „Reichsarbeitsblatt“ der ersten Märzwoche ergeben sich folgende Einzelheiten:

Neben den grundsätzlichen Bestimmungen des internationalen Übereinkommens über Nachtarbeit der Jugendlichen, die sich mit dem allgemeinen Nachtarbeitsverbot und der Vorschrift einer ununterbrochenen Ruhezeit von elf Stunden erschöpfen, zeigen die deutschen Gesetze eine Erweiterung, insofern sie eine besondere Bauarbeiterregelung enthalten, sowie das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause.

Die Bestimmungen über das Nachtarbeitsverbot für Jugendliche zeigen größere Unterschiede auf. Als Altersgrenze für den Begriff „Jugendlicher“ ist im internationalen Abkommen das 18. Lebensjahr, in der deutschen Gesetzgebung dagegen das 16. Lebensjahr festgelegt. Nach dem internationalen Übereinkommen dürfen Jugendliche allgemein in Stein- und Braunkohlengruben Nachtarbeit leisten. Bei zwei Arbeitsschichten muß eine ununterbrochene Ruhezeit von 13 bis 15 Stunden gewährt werden. Jugendliche von 16 bis 18 Jahren dürfen ferner nachts in Eisen- und Stahlwerken, Glashütten, Papier- und Rohwollfabriken beschäftigt werden. In Deutschland besteht für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren überhaupt kein Nachtarbeitsverbot. In Walz- und Hammerwerken, Glashütten dürfen auch Jugendliche von 14 bis 16 Jahren nachts beschäftigt werden. Die Arbeit dieser Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren darf sogar zwischen 5 Uhr morgens und 11 Uhr abends liegen. Das internationale Übereinkommen läßt des weiteren bei Betriebsstörungen durch höhere Gewalt oder im öffentlichen Interesse aus besonders dringenden Gründen Nachtarbeit für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren zu. Die deutsche Gesetzgebung erlaubt es in diesen Fällen auch für Jugendliche unter 16 Jahren.

Große Unterschiede ergeben sich ferner beim Vergleich des Geltungsbereiches. Im internationalen Übereinkommen gelten die Schutzbestimmungen für alle privaten und öffentlichen Betriebe ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter, lediglich nicht für Betriebe, in denen nur Mitglieder einer Familie arbeiten. In Deutschland gelten sie nur für solche Betriebe, in denen mindestens zehn Arbeiter beschäftigt sind; ferner für bestimmte Gewerbe, Haupt- nicht wie unter anderem Apotheken, Gastwirtschaften und Bäckereien und Konditoreien. Bei einzelnen Berufen gelten sie auch für kleinere Betriebe (so in Hüttenwerken, Werften, Bräuen und Bergwerken, Zimmer- und Bauplätzen, Tabakindustrie, Ziegeleien und anderen).

Das Verbot der Kinderarbeit erstreckt sich nach dem internationalen Übereinkommen auf Kinder unter 14 Jahren, nach der deutschen Gesetz-

gebung auf solche unter 13 Jahren. Dieser Unterschied wird jedoch in den meisten Fällen dadurch aufgehoben, daß diese Bestimmung nur insoweit gilt, als die Kinder zum Besuch der Volksschule nicht mehr verpflichtet sein dürfen. Der nachteiligste Unterschied besteht aber in Deutschland wieder im Geltungsbereich, da die Kinderarbeit auch unter 13 Jahren in kleineren Betrieben unter zehn Arbeitern erlaubt ist, während sie im internationalen Übereinkommen nur für Betriebe gestattet wird, wo wieder nur Angehörige einer Familie arbeiten. Ein kleiner Gegensatz dazu ist allerdings durch ein besonderes Schutzgesetz für schulpflichtige Kinder gegeben, das auch vor Familienbetrieben nicht halt macht.

Im großen und ganzen haben also die deutschen Arbeiterschutzgesetze für Jugendliche und Kinder die Bestimmungen der internationalen Übereinkommen von Washington 1919 noch nicht erreicht.

Was liest die Jugend?

Wir entnehmen der „Leipziger Lehrerzeitung“, die folgende Antwort auf die Frage: Welche Bücher kauft die bewußte Jugend?

Fast in allen größeren Städten sind in den letzten Jahren besondere Buchhandlungen als „Jugendbücherstuben“ eröffnet worden, die den besonderen Lesewünschen der aus der Jugendbewegung hervorgegangenen jungen Menschen zu dienen bestrift sind. An diese an Zahl ständig zunehmenden Jugendbücherstuben — es gibt ihrer heute schon an die hundert — hatte sich die Schriftleitung des Wochenblattes für die wandernde Jugend, die „Junge Gemeinde“, mit einer Rundfrage nach den bei ihnen von den Angehörigen der Jugendbewegung meistbegehrten Büchern gewandt. Das Ergebnis war insofern überraschend, als die Autoren, die von städtischen und Volksbibliotheken als die meistgelesenen Schriftsteller bezeichnet werden, von den Jugendbücherstuben überhaupt nicht oder doch nur ganz nebenher oder nie an führender Stelle genannt worden sind. Ihre ganze Kaufkraft richtete die Jugend auf andere Bücher. An erster Stelle wurde Toller genannt, dessen „Wandlung“ vor allem stark begehrt wurde. Dann folgten die unter dem Namen „Lufanga Rufara“ erscheinenden Regenerbriefe von Hans Paasche, worin die europäischen Zustände mit den nahen Augen eines Regers betrachtet und überraschend treffend satirisch geschildert werden. An dritter Stelle erscheint Julius Landauer, dessen „Aufruf zum Sozialismus“ in fast allen Buchereien der Jugendbewegung zu finden ist. Gleich darauf folgt ein Buch von Velt Kempin, „Heilige Insel“, das besonders von den weiblichen Angehörigen der Jugendbewegung stark gekauft worden ist. Groß sind auch die Eroberungen, die Hermann W. Pöpert mit seinem vom Dürerbund herausgegebenen und jetzt bereits in annähernd 300 000 Exemplaren verbreiteten Buche „Selmut Haringa“ und der Amerikaner Upton Sinclair mit seinem „Sumpf“ und seinen anderen Romanen im Reich der Jugendbewegung gemacht haben. Dann folgen Hermann Löns, dessen „Lieber aus dem Kleinen Rosengarten“ von der jungen Generation duzendfach komponiert worden sind und mit Vorliebe gelesen werden. Auf gleicher Stufe der Wertschätzung stehen dann Härdlerlin, Dostojewski (besonders „Die Brüder Karamasow“) und Zimmernann „Echtwärts“. Dann folgen Klambund mit seiner „Literaturgeschichte in einer Stunde“, danach Walter Rathenau. Sein „Aufruf an Deutschlands Jugend“ und sein Werk „Von kommenden Dingen“ werden in kleinen Arbeiterkreisen, die sich innerhalb der verschiedenen Jugendgruppen überall bilden, mit Vorliebe durcharbeitet. Ferner wurden noch bemerkenswert oft genannt: Georg Zsmussen Bone („Kampf um die Ideale“), Storm, Wanderer („Raasche Buch“) und Viktor Meyer-Clahardt („Das Vergehen des Paul Wendelin“). Etwas in den Hintergrund getreten sind Huber, Wilfer und Woytens. Geschätzt wurden ferner: Hermann Hesse, Friedrich Hebbard, Uly Braun, César Flakhten, Leonhard Frank, Fintch, Kropatkin und Bürgel.

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 18. Wochenbeitrag für 1925 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

Gustav Galisch †

Wieder ist einer von unseren Aiten von uns gegangen. Wie uns beim Abschluß unserer letzten Nummer bekannt wurde, ist Gustav Galisch am 6. April in Berlin an den Folgen einer Operation gestorben.

Galisch ist der jüngeren Generation und den neueren Mitgliedern unseres Verbandes nicht mehr so bekannt gewesen, wie er es verdient hätte. Um so schmerzlicher berührt uns Aelteren der Verlust unseres Gustav, der in den vier Jahren bis 1903 in Leipzig in ruhiger, aber desto emsigerer Weise für unseren Verband tätig war. Ursprünglich war Galisch einer der unermüdblichsten Verfechter der Idee der Lokalvereine und des Leipziger Fachvereins. Bei der allgemeinen Umstellung fügte er sich mit so vielen anderen und er wurde dann ein ebenso emsiger und erfolgreicher Förderer der Interessen unserer Leipziger Kollegen unter der Fahne des Verbandes. Seine starke Seite war die lückenlose Kenntnis des sogenannten Leipziger Tarifs, zu dessen Schöpfern er sich rechnen konnte. Wie selten einer firm in seinem Beruf, konnte er bei allen auftauchenden Fragen stets die beste Auskunft geben. Jahrelang war er Mitglied der Leipziger Tarifkommission und der Ortsverwaltung unserer Leipziger Verwaltungsstelle. Diese seine praktische Tätigkeit machte ihn zu einem der besten Anhänger der Tarifvertragsidee, und es mag noch manchen geben, der im Jahre 1903 mit anhören konnte, wie Galisch mit dem Feuer der Begeisterung in einer großen „Abertarifen“-Versammlung in Leipzig die Massen mit den Worten mit sich riß: „Aind wenn der Tarif unter Panzerplatten liegt, wir holen ihn uns doch!“

Sein Eintreten für die Kollegenschaft brachte ihm oftmals Mahregelungen und im Jahre 1903 mußte er Leipzig verlassen, nachdem er dort keine Stellung mehr erhielt. Er ging nach Wien, wohin er nach kurzem Zwischenaufenthalt in Deutschland bald wieder zurückkehrte. 1908 kam er nach Berlin und auch hier war er, entsprechend seinem Naturell, nicht untätig. Ein immer härter auftretendes körperliches Leiden — Schwerhörigkeit — zwang ihn zum Ausgeben seiner Verbandstätigkeit und er widmete sich nun der Gruppe der Schwerhörigen. Auch für diese bedeutete der Tod Galischs einen unerleßlichen Verlust, denn G. hat große Opfer gebracht, um seinen Schicksalsgenossen ihr Los etwas zu erleichtern. Der Konstruktions von Apparaten, die auch den Schwerhörigen das Anhören von Redneren ermöglichen sollten, brachte er große materielle Opfer, ohne daß ihm jedoch ein Erfolg beschieden gewesen wäre.

In seinem Arbeitselber für die Interessen seiner Kollegen und Kolleginnen war Galisch unermüdblich. Jetzt ist er, 67 Jahre alt geworden, nicht mehr; doch seiner werden alle mit stiller Trauer gedenken, die ihn und sein Arbeiten kannten. Er war ein echtes kollegiales Vorbild, dem nachzueifern jedermann nur ehren kann. Sein Andenken wird unvergessen bleiben.

Internationales.

Die Internationale Kommission wird ihre nächste Sitzung am 18. und 19. April in Bern abhalten. Eventuelle Anträge der angeschlossenen Verbände sind bis zum 15. April zu Händen des Internationalen Sekretariats in Bern erbeten worden.

Gegenseitigkeitsvertrag. Das Internationale Sekretariat hat den angeschlossenen Verbänden eine Erklärung unterbreitet, wonach sich diese schriftlich zur Durchführung des Gegenseitigkeitsvertrages verpflichten. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um die Kontrolle und die Unterstützungen für die vom Ausland zurückkreis-

den Mitglieder der angeschlossenen Verbände. Diese Erklärung haben unterzeichnet die Landesorganisationen in Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, Jugoslawien, Norwegen, Oesterreich, die Schweiz, die beiden Organisationen der Tschechoslowakei und Ungarn. Holland hat nicht unterzeichnet, jedoch erklärte der Verband, daß Reiseunterstützung gewährt werde, ebenso andere Unterstützungen nach seinen statutarischen Vorschriften.

Schweden. Der schwedische Verband hält seine statutenmäßig vorgeschriebene Beiratsitzung, die den Jahresbericht entgegennimmt, am 11. und 12. April ab.

Norwegen. Der norwegische Verband veröffentlicht eine Uebersicht, aus der hervorgeht, daß am 31. Dezember 1924 an 12 Orten noch 444 unorganisierte Berufskollegen vorhanden waren, und zwar 187 Buchbinder- und 257 Kartonnagenarbeiter (davon waren 50 Lehrlinge und 18 Werkmeister). Wieviel Mitglieder der norwegische Verband hat, war aus den bisherigen Veröffentlichungen nicht ersichtlich.

Berichte.

Berlin. Anträge zum Verbandstag sollen bei der Ortsverwaltung bis zum 23. April eingereicht werden. Eine allgemeine Mitgliedererversammlung mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Verbandstag“ findet am 6. Mai statt. Nähere Bestimmungen im „Mitteilungsblatt“.

Barmen-Eberfeld. Am 25. März fand in Barmen eine Versammlung der Stiften Schneider statt, von der wir sagen können, daß sie einen erfreulichen Besuch anwies. Groenhoff besprach unsere tariflichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Lage in den Buch- und Steinbruderzweigen, wobei er auch auf die Verhältnisse in den übrigen Branchen einging. Seine Ausführungen gipfelten in der Schlussfolgerung, daß alle Branchen unseres Berufes aufeinander angewiesen sind. Stets werden sich innerhalb der wirtschaftlichen Verhältnisse die Tendenzen einer gewissen Gleichrichtung geltend machen. Entweder werden die zurückgebliebenen Branchen wie ein Bleigewicht an den vorgeschrittenen Branchen zerren, sie an dem weiteren notwendigen Fortschritt hindern oder sogar sie auf das niedrige Niveau herabziehen oder umgekehrt, die fortgeschrittenen Branchen werden die zurückgebliebenen nachholen, namentlich dann, wenn diese gut organisiert sind. Daher haben die Stiften Schneider nicht nur ein Interesse daran, daß sie selber gut organisiert sind und bleiben, sondern sie müssen das natürliche Verlangen haben, daß auch die anderen, z. B. die Briefumschlagbranche oder die Kartonnagen- und Musterartenbranche gut organisiert sind. Sonst besteht die Gefahr, daß diese in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zurückbleiben und damit auch hemmend für die anderen werden. Doch auch der einzelne Kollege hat als Arbeitnehmer dasselbe Interesse. Keiner kann heute sagen, daß er für sein ganzes Leben eine sichere Stelle hat. Jeder kann durch irgendwelche Umstände gezwungen sein, in einer anderen Branche Arbeit anzunehmen. Da kann es ihm nicht gleich sein, welche Lohn- und Tarifverhältnisse er dort vorfindet. Er kann unter Umständen in eine ganz bedeutend schlechtere Lage kommen. Da sich aber die Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr nach den Organisationsverhältnissen richten, haben alle Kollegen das persönliche Interesse, für die allgemeine Stärkung des Verbandes einzutreten und sich mit der Ortsverwaltung gemeinsam für die reiflose Ausführung unserer Reihen zur Verfügung zu stellen.

Der Vorliegende stiftet und andere Mitglieder der Branche unterstützten und unterstützten diese Ausführungen. Allgemein war man der Auffassung, daß Gefahr drohe von verschiedenen Seiten und daß Einigkeit und Geschlossenheit mehr denn je nötig. Allseitig kam zum Ausdruck, daß man sich für die Agitationsarbeit zur Verfügung stellen muß und besonders ein Augenmerk auf die bedeutende Gruppe der Kartonnagen- und Musterartenbranche zu richten hat. In dieser hat es stets gefährliche Außenleiter gegeben, die für alle möglichen Zwecke, nur nicht für ihre Organisation, Geld und Zeit übrig haben. Natürlich müssen auch die guten und treuen Elemente unter diesen Umständen leiden. Die Kartonnagenbranche, aber ganz besonders die Musterartenbranche, könnten bedeutend besser dastehen, als wie es der Fall ist. Die beschlossene Kommission und die längere Wirtschaftsprüfung hat manchen von der Organisation abgetrieben, ohne daß er beachte, daß er dadurch nicht nur sich selbst, sondern das Ganze schädigt. Es ist der „Unverstand der Massen“, den es zu bekämpfen gilt. Haben wir diesen besiegt, dann haben wir gewonnenes Spiel. In diesem Sinne stieg die lebhafteste und anregendste Diskussion aus und wir wollen hoffen, daß es nicht nur bei schönen Worten bleibt, sondern daß noch schönere Taten folgen. Die Meinarbeit ist Sache aller Mitglieder. Nicht

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht vernachlässigt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Jeder kann schöne Reden halten oder mit der Feder dem Ganzen dienen. Jeder aber kann seine unorganisierten Kollegen besuchen und sie dem Verband zuführen. In diesem Sinne, ihr Kollegen, an die Arbeit!

Literarisches.

Dr. S. Deller: Eine Wanderung durch den menschlichen Körper. 175 Seiten, 124 Abbildungen. Preis gebunden 2,60 M. Max Hesse's Verlag, Berlin W. 15.

Jeder hat das Bestreben, möglichst lange gesund und glücklich zu leben. Die harte Zeit nach dem verlorenen Krieg mit ihrem verschärften Konkurrenzkampf erfordert kräftige, widerstandsfähige Menschen. Dieses Ziel zu erreichen ist gar nicht so schwer. Jeder vernünftige wir uns fast täglich gegen die elementarsten Gesetze der Gesundheitspflege, vergewaltigen wir unseren Körper in der unerhörtesten Weise. Die Mehrzahl dieser Sünden ist auf Unwissenheit zurückzuführen. Alles Mögliche und Unmögliche wissen wir, aber das, was uns zunächst angeht, über unseren Körper und seine Funktionen, herrscht eine ungläubliche Unwissenheit. Einer der bestunterrichteten medizinischen Autoren hat sich zur Aufgabe gestellt, und durch das Wunderwerk des menschlichen Körpers zu führen. Insofern und Funktion derselben zu erläutern. Die Ausgabe ist glänzend geclit, das Buch wird niemand aus der Hand legen, ohne reiche Belehrung und großen Nutzen für seine Gesundheit geschöpft zu haben.

„Jugendfreudig Welt.“ Gedichte von Franz Dieberich. Berlin 1925. Preis kart. 0,45 M., in Halbleinen 0,80 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7-8.

„Sei und, du Erde!“ Gedichte von Bruno Schönlant. Berlin 1925. Preis kart. 0,45 M., in Halbleinen 0,80 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7-8.

„Neue Volks-Musik-Kultur.“ Von Dr. Alfred Gutmann. Berlin 1925. 32 Seiten. Preis kart. 0,50 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7-8.

„Ausschrei und Einzug.“ Ausgewählte Gedichte für die Jugend von Otto Krille. Berlin 1925. Preis kart. 0,45 M., in Halbleinen 0,80 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7-8.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokaltbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen von der 14. Beitragswoche ab in

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
Gehehen	5	10	15	15	15
Seit Hennersdorf	5	5	5	10	10

2. Der Buchbinder Franz Tonne hat vom Kassierer der Buchstelle Oldenburg ein Darlehen erhalten und ist dann, ohne seine Schuld zu begleichen, abgereist. Wenn Tonne sich irgendwo meldet, bitten wir, ihm die Mitgliedskarte abzunehmen und sie an uns einzusenden.

Wenn Tonne irgenwo in Arbeit tritt, bitten wir, dies mitzuteilen an den Kassierer in Oldenburg. (Adresse: E. Lerche, Verdenstraße 4, bei Wüder.)

Im übrigen warnen wir die Kassierer und Unterstützungsanzähler vor Tonne.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Münster i. W. B.: P. Gebler, Burgstr. 26 II.

K.: H. Göbler, Bräderstr. 33 III.

Saarbrücken. B.: J. Krieger, Saarbrücken 3, Bismarckstraße 32 II.

K.: H. Winder, Saarbrücken 1, Heubadstr. 14 part.

Schwesin i. M. B.: P. Mahne, Bergstr. 36 III

K.: G. Wudewitz, Wittenerberg Str. 97b

Der Verbandsvorstand.